

Danziger Zeitung



General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.

Nr. 23014.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh.

1898.

Hierzu eine Beilage.

Telegramme.

Berlin, 4. Febr. Die Stadtverordneten haben einen Sonderauschuss zur Beratung der Stellungnahme gegenüber den Beschlüssen des Magistrats eingeseht.

London, 4. Febr. Die Angaben, wonach England die Forderung der Öffnung Italiens als Vertragsbedingung erhoben und später zurückgezogen hat, sind unzutreffend.

London, 4. Febr. Amtlich wird gemeldet: Die Streitmacht des Generals Westmacott ist auf dem Rückmarsch vom Schinkamar-Passe am 31. Januar vom Feinde beschossen worden.

Rom, 4. Febr. Die Unruhen an der Universität in Neapel haben aufgehört in Folge einer Intervention des Rectors.

Calcutta, 4. Febr. Oberst Wayne, welcher sich auf dem Vormarsch gegen die Aufständler im Mehran-District befand, traf Montag Morgen auf den Feind.

Politische Uebersicht.

Danzig, 4. Februar.

Der Parteitag der Conservativen in Dresden.

Die deutsch-conservative Partei hat in Dresden Toilette für die Neuwahlen gemacht, und zwar, wie der Vorsitzende Herr v. Manteuffel bemerkte, als „eine starke, feste, im Volke wurzelnde, conservative Partei“.

Das socialpolitische Programm des conservativen Parteiorgans nähert sich in beherzelter Weise den Ansichten des Herrn v. Stumm. Besonders lehrreich in dieser Hinsicht war der (schon telegraphisch kurz von uns skizirte) Vortrag, den Graf Ranitz als Berichterstatter für die Wirtschaftspolitik gehalten hat.

Wenn sich die Getreidepreise heben — die Hebung derselben um 50 Mk. für Weizen und 30 Mk. für Roggen seit Anfang des Jahres hat wohl keine Bedeutung? — oder ein besserer Vorjahr gemacht wird, trete ich ganz zurück.

Es ist das ein interessanter Fingerzeig für die Regierung, wie die Agrarier die „bessere“ Wahrung der Interessen der Landwirtschaft — siehe die Erklärung des Ministers v. Hammerstein im Abgeordnetenhaus — verstehen.

Regierung den Antrag Ranitz annehmen. Gegen die amerikanischen Zollserhöbungen helfen nur energische Drohungen, versichert Graf Ranitz.

„Wenn nun, schließt der Herr Graf, alle diese Vorgänge zu Vermählungen führen sollten, bei denen unsere famosen Handelsverträge über Bord gehen, so würde ich das als ein Unglück nicht betrachten.“

Hierauf sprach Herr v. Frege den Wunsch aus, daß das conservative Programm der Sammlungspunkt werden möchte für Rechts und Links zu einer positiven Reichspolitik.

In Ergänzung unserer gestrigen telegraphischen Nachrichten tragen wir über die Mittwoch-Sitzung des conservativen Parteitages in Dresden noch Folgendes nach:

Zur allgemeinen Stellung der Partei wurde die Resolution vom letzten Delegirtenkongress im November 1896 erneut, welche den Kampf gegen die Socialdemokratie als Hauptaufgabe aufstellt, gegen das verheerende Treiben gewerbsmäßiger Umsturzagitatoren sich wendet, und weiter besagt, daß kein conservativer Mann eine neue Parteibildung fördern werde.

„Auch mit dem rechten Flügel der Nationalliberalen, dessen mandatorische Seite mehr und mehr in den Hintergrund tritt, können wir wohl oft Hand in Hand gehen. Es wird unsere Aufgabe sein, mit dieser Partei so nahe als möglich zusammenzugehen.“

Gegenüber dem Freisinn bemerkte Abg. v. Manteuffel, daß, solange der Freisinn sich den Conservativen gegenüber bei Stichwahlen noch auf die Seite der Socialdemokratie stellt, solange er sie noch für das kleinere Uebel hält, solange müsse der Freisinn ebenso bekämpft werden, wie die Socialdemokratie.

„Der nationalliberale Parteitag“, so schließt die Correspondenz ihre Betrachtungen, „wird nun seinerseits die Grundzüge nochmals klarstellen, die im Wahlkampfe seitens des gemäßigt national gesinnten Liberalismus aufrecht erhalten werden sollen.“

Das Echo des Obsteinfuhrverbotes. Die überraschende Meldung von dem Einfuhrverbot amerikanischer Obstes hat jenseits des Oceans, wie aus der Washingtoner Meldung im heutigen Morgenblatt hervorgeht, sehr verstimmt.

Abg. Propaschke: Unsere Stellung gegen die Socialdemokratie ist eine principiell andere als gegen die anderen Parteien, selbst einschließlich des Freisinns.

geht einen möglichst bequemen Platz im Hause, um ausgesprochenemassen das Haus in die Luft zu sprengen.

Nachdem dann noch Graf Ranitz (cf. den besondern obenstehenden Artikel) in schärfster Form die Handelsverträge bekämpft hat, ergriß das Wort der Führer des Bundes der Landwirthe.

Abg. v. Pösch: Auch er verlangt, daß die Freisinnigen ebenso bekämpft werden sollen wie die Socialdemokraten und giebt dann die Erklärung ab, daß der Bund sich keineswegs mit den Antisemiten verquickt habe.

Abg. Achermann-Galitz wendet sich gegen den Passus in der Resolution, bei den Stichwahlen die Entscheidung von Fall zu Fall zu treffen.

Bei den nächsten Reichstagswahlen ist überall als vornehmstes Ziel die Bekämpfung der Socialdemokratie und ihrer Helfershelfer ins Auge zu fassen.

Auf die Erklärung des Freiherrn v. Manteuffel über die Stellungnahme der Conservativen zu den Nationalliberalen antwortet bereits die „Nationallib. Correspondenz“, aber nicht gerade in bestimmter Weise.

Wir erkennen es an, daß dieser Ton nicht unwesentlich entgegenkommender ist als die Art, wie auf den letzten Tagen zu der nationalliberalen Partei Stellung genommen wurde.

„Der nationalliberale Parteitag“, so schließt die Correspondenz ihre Betrachtungen, „wird nun seinerseits die Grundzüge nochmals klarstellen, die im Wahlkampfe seitens des gemäßigt national gesinnten Liberalismus aufrecht erhalten werden sollen.“

Die überraschende Meldung von dem Einfuhrverbot amerikanischer Obstes hat jenseits des Oceans, wie aus der Washingtoner Meldung im heutigen Morgenblatt hervorgeht, sehr verstimmt.

Die überraschende Meldung von dem Einfuhrverbot amerikanischer Obstes hat jenseits des Oceans, wie aus der Washingtoner Meldung im heutigen Morgenblatt hervorgeht, sehr verstimmt.

klärte, die Handlungsweise Deutschlands sei unzulässig ein Vertragsbruch. Senator Burrows sagte, die Angelegenheit müßte gründlich untersucht werden.

Im Repräsentantenhaus brachte Mc Guire aus Californien eine Resolution ein, durch welche der Staatssecretär Sherman ersucht wird, die Correspondenz mit Deutschland betreffend das Verbot der Obsteinfuhr vorzulegen.

Hoffentlich bestätigt sich dieser begreiflichen Erregung gegenüber die bereits telegraphisch mitgetheilte Meldung des „Berl. Tagebl.“, daß der Bundesrath das Verbot bereits in der Hauptsache zurückgenommen und beschlossen hat.

Die officiösen Meldungen der „Berl. Correspondenz“ und des Wolff'schen Bureaus enthalten davon freilich nichts, da heißt es nur, daß der Bundesrath dem Verbot der Einfuhr von lebenden Pflanzen und frischem Obst aus Amerika seine Zustimmung erteilt hat.

Hoffentlich wird im Reichstage gegen die Belästigung des Handels durch solche Maßregeln Verwahrung eingelegt werden.

Herrn v. Poddieleski's Debüt

als Postminister im Reichstage, das gestern stattgefunden hat, war ganz interessant; die dichtgefüllten Tribünen bewiesen auch, daß man im Publikum dieser Berathung eine höhere Bedeutung beimah.









